

Landwirte müssen sich auf Kürzungen vorbereiten

2013 werden die Weichen für die neue EU-Agrarpolitik gestellt

Von Susanne Schulz

Gammertingen - Das Jahr 2013 ist das Jahr der Entscheidungen – zumindest was die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union angeht. Die Weichen für die neue GAP sollen nun gestellt werden, sodass sie im kommenden Jahr in Kraft treten kann. Auf einer Tagung des Landesbauernverbands Baden-Württemberg trafen sich diese Woche Landwirte aus der Region zwischen Ostalb und Bodensee in Gammertingen, um sich von Fachleuten aus Berlin und Brüssel auf den neuesten Stand bringen zu lassen.

Besonders interessierten sich die Landwirte für die künftige Ausgestaltung des sogenannten Greenings: Es wird von der Politik und vor allem von diversen Umweltverbänden gefordert, dass Bauern in der EU einen bestimmten Anteil ihrer Flächen ökologisch schonen – das heißt: nicht mit Pestiziden oder Gülle behandeln und stickstoffarme Kulturen anpflanzen. Außerdem soll den Bauern vorgeschrieben werden, keine reinen Monokulturen mehr zu betreiben, sondern mindestens drei verschiedene Pflanzenkulturen anzubauen. Für Höfe mit wenig Fläche oder beispielsweise einem Mastbetrieb, der Äcker für seine Gülle und Futtermais braucht, können diese Regeln existenzentscheidend sein. Wer sich nämlich nicht ans Greening hält, läuft Gefahr, bis zu 30 Prozent seiner Direktzahlungen aus den EU-Töpfen zu verlieren. Deswegen ist die Debatte darüber, was alles als „gegreente“ Fläche anerkannt wird, besonders hitzig. Zumal Öko-Bauernhöfe von der Greeningregel ausgenommen werden sollen.

Elisabeth Jeggle, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europaparlaments, stimmte die Landwirte schon einmal auf Einbußen ein: „Es wird uns in Baden-Württemberg weh tun, was an Kürzungen ansteht. Und es wird Kürzungen geben“, fuhr sie fort. „Wir haben im Agrarausschuss alle Anträge des Umweltausschusses abgelehnt. Aber im Plenum haben wir nicht mehr diese Mehrheit“, sagte sie mit Blick auf die Abstimmung des Brüsseler Parlaments im März. Dabei nahm sie Bezug auf die Forderung von Umweltgruppen und -parteien, dass Bauern mindestens zehn Prozent ihrer Fläche dem Greening unterordnen sollen. Die Bundesregierung werde indes mit einer Forderung nach 3,5 Prozent in die Verhandlungen gehen, so Jeggle weiter. Aber es wird allem Anschein nach auf sieben Prozent hinauslaufen.

Dass Greening an sich nötig sei, erläuterte Hubertus Wolfgarten vom Bundesagrarministerium: Der EU-Steuerzahler müsse verstehen können, warum das ganze Geld in die Landwirtschaft gesteckt werde. Nämlich zur Erhaltung der Landschaft und für eine gesunde Nahrungsmittelproduktion. „Man muss sich sehr wohl mit den Vorstellungen der Umweltverbände auseinandersetzen“, ermahnte Wolfgarten daher die Landwirte.

Doch ob diese Regelungen tatsächlich schon 2014 kommen, ist unterdessen noch unklar. Der Fahrplan für den Entscheidungsmarathon ist nämlich knapp bemessen: In der kommenden Woche wird der finanzielle Rahmen für die GAP in Brüssel festgeklopft, Mitte März berät das Europäische Parlament darüber, und bis Ende März soll der Europäische Rat eine einheitliche Position erarbeitet haben. Ende Juni soll dann auf Europa-Ebene eine Einigung vorliegen. Wolfgarten schätzt, dass dieser Prozess noch bis Sommer 2014 anhält und rechnet erst 2015 mit einem Inkrafttreten der neuen GAP.

Greening – ein Reizthema für Landwirte.